

Straflosigkeit oder Gerechtigkeit?

Der Traum von einem Internationalen Gerichtshof, in dessen Kompetenz es steht, über die schrecklichsten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit zu richten, steht kurz vor seiner Verwirklichung. Die Gründung des Internationalen Gerichtshofes wurde 1998 in Rom beschlossen. Seither haben 115 Länder, darunter alle Staaten Europas und alle NATO-Staaten mit Ausnahme der USA, das Gründungsdokument unterzeichnet. 22 Länder haben bisher die 'Statuten von Rom' ratifiziert. Der Internationale Gerichtshof gilt als 'gegründet', sobald sechzig Länder seine Statuten ratifiziert haben. Noch gibt es viele Details auszuhandeln, die grossen Einfluss auf die Effizienz des Gerichtshofes haben werden. Die Ratifizierung seiner Statuten bedeutet für viele Länder, dass sie Änderungen in ihrer Verfassung vornehmen müssen. Der folgende Artikel zeigt die verschiedenen Positionen auf, die einzelne Länder für oder gegen die Schaffung eines Internationalen Gerichtshofes eingenommen haben. Der Text beruht auf einem Artikel von Eduardo Gonzales Cueva von der *Vereinigung für einen Internationalen Gerichtshof*, der auf der Internetseite der Menschenrechtsorganisation *Equipo Nizkor* erschienen ist.

Die Initiative zur Gründung eines Internationalen Gerichtshofes wird weltweit von mehr als 800 Nichtregierungsorganisationen unterstützt. Über vierzig Staaten haben konkrete Vorschläge ausgearbeitet, wie dieses weltweite Rechtsorgan unabhängig und unparteilich funktionieren soll. Wichtig ist, dass dieser Gerichtshof nicht von der Zustimmung der Mitgliedstaaten, die ihn ratifiziert haben, abhängig ist. Ein solches Gericht wäre dann z.B. die Instanz, die den Prozess von Rigoberta Menchú gegen Ríos Montt oder derjenige gegen Augusto Pinochet verfolgen würde. Einen Gerichtshof zu haben, der eine gerechte Untersuchung gegen alle Verdächtigen garantiert, unabhängig davon, welche Nationalitäten sie haben, wäre ein wichtiger Fortschritt für die Stärkung der weltweiten Rechtssysteme und des Friedens.

Aber den Vorschlägen, die in diese Richtung tendieren, widersetzen sich einige mächtige Staaten (USA, Russland, Frankreich, China). Interessanterweise bildet sich eine Art 'unheilige Allianz' dieser Staaten mit verschiedenen Ländern des Südens (Pakistan, Israel, Kuba, Mexiko, Indonesien und Nigeria), auch wenn die Gründe der einzelnen Länder sehr unterschiedlich sind.

Bei den lateinamerikanischen Ländern ist eine grosse Diskrepanz spürbar zwischen den Positionen von Kuba und Mexiko einerseits, die strikte dagegen sind, und derjenigen von Argentinien, Chile und Costa Rica andererseits, die immerhin ein paar konstruktive Vorschläge unterbreiteten.

- Kuba, Mexiko und andere Länder wagen es nicht, offen zu sagen, dass sie gegen das Gericht sind, und tendieren nun für ein sehr aufwendiges weiteres Vorgehen.

- Kuba und Peru haben vorgeschlagen, die umstrittenen Punkte der Statuten durch Konsens zu entscheiden, was als diplomatische Geste begrüssenswert ist. Aber im Hinblick der Statuten des Internationalen Gerichtshofes mit ihren 116 Artikeln heisst das, dass die Annahme eines Schlusstextes mehrerer zusätzlicher Konferenzen bedarf.

- Mexiko und Kolumbien unterstützen eine Deklaration, die fordert, dass der Gerichtshof nur mit Zustimmung der in ein Verbrechen involvierten Staaten handeln darf, damit die

nationale Souveränität garantiert ist. Von GegnerInnen dieser Forderung wird dies bezeichnet als "feine Höflichkeit, um den zukünftigen Diktatoren zu garantieren, dass sie vom Gerichtshof gebührenderweise konsultiert werden, bevor man sie anklagt".

- Indien weigert sich, das Verschwindenlassen von Menschen als Verbrechen gegen die Menschheit miteinzuschliessen.

- Mexiko weigert sich, Kriegsverbrechen in internen Konflikten miteinzubeziehen.

- Argentinien, Chile und Costa Rica haben für das internationale Recht verhältnismässig innovative Vorschläge präsentiert. Sie schlagen vor, den RichterInnen die Kompetenz zu gewähren, ein Verbrechen als Offizialsdelikt zu untersuchen, sobald berechnete Indizien aufgrund irgendwelcher Informationsquellen existiert. Argentinien schlägt auch gewisse Kontrollmechanismen vor, um die Neutralität und Verantwortlichkeit der RichterInnen zu garantieren.

- Brasilien fordert, dass unter der Bezeichnung 'interner Konflikt' auch Fälle verfolgt werden, die nicht unbedingt während einer bewaffneten Auseinandersetzung begangen wurden, z.B. Sklavenhandel. Brasilien und andere Länder schlagen auch vor, dass das Verschwindenlassen von Menschen und die systematischen Verbrechen gegen Frauen explizit miteinbezogen werden.

- Frankreich argumentiert, dass die nationale Sicherheit eine berechnete Entschuldigung ist, wenn ein Staat sich verweigert, mit dem Gerichtshof zusammenzuarbeiten.

So spielen die Länder des Südens den Reichen und Mächtigen in die Hand. Die Ersten wollen den Handlungsspielraum des Gerichtshofes einschränken, aus Angst, dass er von den Zweiten manipuliert wird. Diese hingegen wollen einen Gerichtshof, der nur dann handelt, wenn es ihnen passt.

Entscheidend ist natürlich die Position der Vereinigten Staaten, die sich bisher darauf beschränkt haben, dass

das Pentagon Kontakt mit den lateinamerikanischen Armeen aufgenommen hat, um sie vor den Konsequenzen zu warnen, die ein effizienter Gerichtshof für sie haben könnte.

Vom 27. November bis zum 8. Dezember findet in New York die Konferenz statt, an der die USA ihre Position zum Internationalen Gerichtshof definieren und ihre Bedingungen für eine Ratifizierung bekanntgeben wird. Noch ist nicht klar, ob diese Konferenz als 'historisch' oder 'frustrierend' in die Geschichte eingehen wird.

Interessant ist sicher, dass die Außenministerin der Vereinigten Staaten, Madeleine Albright, eine wichtige Rolle spielte bei der Gründung der Kriegsverbrechengerichtshofe in Ruanda und Ex-Jugoslawien, auf denen die Idee des Internationalen Gerichtshofes basiert.

Nun ist aber eine der Bedingungen der USA, die auf Druck des Verteidigungsministeriums entstanden ist, dass kein militärischer oder ziviler US-amerikanischer Funktionär, der im Ausland stationiert ist, dem Gericht unterstellt werden kann. Konkret könnte dann z.B. ein US-amerikanischer Soldat, der während eines sog. 'humanitären' oder 'Friedenseinsatzes' irgendwo auf der Welt sexuelle Übergriffe begeht, nicht verur-

teilt werden.

Einer der vehementesten Gegner des Internationalen Gerichtshofes ist der republikanische Abgeordnete Jesse Helms. Seine Position würde sicher gestärkt, wenn Bush die Wahlen gewinnt. Deshalb wird gehofft, dass die 'Statuten von Rom' noch unter der Regierung Clinton ratifiziert werden.

Widersprüchlich an der Haltung der USA ist auch, dass es unter anderem dieses Land war, dass sich dazumal sehr für die Durchführung der Nürnberger Prozesse eingesetzt hatte. Diese Prozesse haben das Prinzip der individuellen Verantwortung etabliert und viel zur internationalen Akzeptanz solcher Tribunale beigetragen.

In den ersten Tagen der Konferenz in New York haben auch zwei Mitglieder von lateinamerikanischen Nichtregierungsorganisationen das Wort ergriffen. Ulmar Klich, Vertreter der nationalen Menschenrechtsbewegung von Brasilien, tat dies, um die Amnestiegesetze in Lateinamerika zu verurteilen, welche das Aufdecken der Wahrheit verhindern und die Straflosigkeit fördern. Den Argumenten, welche behaupten, dass es notwendig sei, die Gerechtigkeit der Wiederversöhnung zu opfern, entgegnete Klich: "Um zu verzeihen, muss man

erst das Verbrechen kennen. Um sich wiederzuversöhnen, muss individuelle Verantwortung übernommen werden."

Der zweite Sprecher, Dr. Leonel Suarez vom *Institut für alternatives Recht* in Kolumbien, erinnerte an die Ermordung seines Freundes Eduardo Umaña vor zwei Monaten, den er als einen mutigen Verteidiger der Menschenrechte in Bogota bezeichnete. Der Tod von Umaña und von Monseñor Gerardi in Guatemala seien Beispiele der täglichen Gewalt, der Lateinamerika als Folge der internen Konflikte ausgesetzt sei. Er forderte, in den Statuten des Internationalen Gerichtshofes die Bildung einer Kommission aufzunehmen, welche die Opfer, ZeugInnen und Familien während eines Prozesses schützt.

Eine Annäherung der verschiedenen Positionen wird schwierig sein. Es ist wenig Raum für Konsens vorhanden, aber man darf die Hoffnungen nicht verlieren, dass der Druck der Zivilgesellschaft auf die Regierungen wirkt und sie einem unabhängigen und effizienten Gerichtshof zustimmen. Es ist von grosser Wichtigkeit, dass sich die öffentliche Meinung ausdrückt und die Regierungen wissen lässt, dass die Macht des Gesetzes sich über das Gesetz der Macht stellen muss.

'Anonyme HeldInnen' geehrt

Guatemala, 23. November. Die UNESCO hat zusammen mit der *Banco del Cafe* siebzehn 'anonyme HeldInnen' geehrt, die zwar auf nationaler Ebene nicht bekannt sind, jedoch in ihren Gemeinden wichtige Arbeit leisten.

Zu den Ausgezeichneten gehört z.B. Oscar Alfredo Elías Teni aus Senahú, Alta Verapaz, der sich mit Unterstützung einer deutschen Organisation für den Schutz des Lebensraumes des guatemalteutschen Nationalvogels, des Quetzals, einsetzte.

Ebenfalls ausgezeichnet wurde Aurelia Noemí Satuye aus Puerto Barrios, Izabal. Sie ist Gründerin der *Vereinigung der Garífuna-Frauen*, welche am 25. November, dem Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen, das erste Treffen zentralamerikanischer Garífuna-Frauen organisiert hatte.

Lars Franklin, Koordinator der UNESCO in Guatemala, erklärte, dass von 316 Vorschlägen diese 17 Personen ausgewählt wurden aufgrund ihrer Kreativität und ihrem Mut, sich für ihre Gemeinden einzusetzen. Mit dieser Auszeichnung würdigen sie aus der Anonymität herauskommen und zu Vorbildern werden für den Aufbau des Friedens und die Entwicklung des Landes. "Guatemala muss träumen, und gleichzeitig mit

beiden Füßen auf dem Boden stehen", meinte Franklin.

Während der Auszeichnung wurden der UNESCO die 58'481 guatemalteutschen Unterschriften des 'Manifest 2000' - für eine Kultur des Friedens ohne Gewalt' überreicht. Das Jahr 2000 wurde von der UNO zum *Internationalen Jahr des Friedens* erklärt. Zu diesem Anlass veröffentlichten verschiedene FriedensnobelpreisträgerInnen (unter ihnen Nelson Mandela, Dalai Lama und Rigoberta Menchú), das sogenannte 'Manifest 2000'. Alle UnterzeichnerInnen des Manifestes verpflichteten sich, das Leben zu respektieren, Gewaltfreiheit, Grosszügigkeit und Solidarität zu leben, einander zuzuhören und den Planeten zu schützen.

Guatemala ist das Land in der Region, das am meisten Unterschriften für das 'Manifest 2000' zusammengebracht hat, sogar mehr als die Vereinigten Staaten.

Doch die gutgemeinten nationalen und internationalen Aktionen, eine Kultur des Friedens einzuführen, die helfen soll, mit der Vergangenheit zu leben, stossen bei der guatemalteutschen Regierung auf taube Ohren: Der Leiter des *Friedenssekretariats* (SEPAZ), Gabriel Aguilera, gab kürzlich bekannt, dass

zwar verschiedene Pilotprojekte ausgearbeitet wurden, um vom internen Konflikt betroffene Personen zu entschädigen, dass aber die finanziellen Mittel für deren Umsetzung fehlten.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!
 2502 Biel
 PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
 ¡Fijáte!
 c/o Barbara Müller
 Ankerstrasse 16
 8004 Zürich
 Tel. 01/ 241 44 43
 E-Mail:
 barbara-m@bluewin.ch
 Jahresabo: 100.- Fr.
 Auslandabo: 120.- Fr.
 Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

UNO-Kommission gegen Folter verurteilt Guatemala

Genf, 24. November. Vom 13.-24. November tagte in Genf die *UNO-Kommission gegen Folter*.

Am 21. November beriet die Kommission über die Situation in Guatemala. Anlässlich des 'Tag des Kindes' lud die Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* die Guatemaltekin Adriana Portillo ein, vor der Kommission ihre Aussage zu machen.

Adriana Portillos zwei Kinder und ihre Schwester wurden 1981 vom guatemaltekischen Geheimdienst entführt. Seither weiss sie nichts von ihnen. Portillo hat die Stiftung *Wo sind die Kin-*

der? gegründet, die seit August dieses Jahres auch in Guatemala arbeitet.

In ihrer Rede wies Portillo darauf hin, dass von den 6159 Fällen, die im Bericht der Wahrheitskommission (CEH) dokumentiert sind, 11% Kinder betreffen. Die Ungewissheit, der die Angehörigen von Verschwundenen ausgesetzt sind, sei ebenso eine Form von Folter, meinte sie.

Amnesty International forderte die UNO-Organisation auf, eine Spezialkommission einzusetzen, die sich für die Verschwundenen in Guatemala einsetzt. Der Vorschlag wurde positiv aufgenommen.

Auch der guatemaltekische Staat legte der Kommission gegen Folter ihren Bericht vor. In ihrer Schlussresolution vermerkte die Kommission: "Die guatemaltekische Regierung hat die Pflicht, sämtliche Anstrengungen zu unternehmen, um das Schicksal der Verschwundenen herauszufinden. Ausserdem müssen die Hinterbliebenen entschädigt und die Verantwortlichen bestraft werden."

Laut der UNO-Mission für Guatemala MINUGUA werden noch heute jährlich durchschnittlich 21 Fälle von Folter bekannt.

Budget 2001 verabschiedet

Guatemala, 1. Dezember. Die Budgetdiskussionen im Kongress während der letzten Wochen zeigten, dass nicht nur die einzelnen Parteien unterschiedliche Vorstellungen über die Finanzpolitik haben, sondern dass auch innerhalb der Regierungspartei, der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) unterschiedliche Ansätze vorhanden sind. Die internen Streitigkeiten zwischen der FRG-Exekutive und -Legislative haben sich entsprechend auf die Budgetdebatte konzentriert.

Die Einen, unter anderem der Finanzminister, vertrauten darauf, mit einer entsprechenden Reform das Steuerdefizit zu reduzieren, und versprachen dadurch zusätzliche Einnahmen. Die Anderen bezeichneten diese Massnahmen als "unrealistisch und phantastisch" und forderten ihrerseits eine Reduktion der Ausgaben. Das Ergebnis ist eine unglückliche Mischung aus beidem.

Das nun am 29. November von der FRG mit Unterstützung der *Christdemo-*

kratInnen (DCG), der *Demokratischen Union* (UD) und der *Freiheitlich-Progressiven Partei* (PLP) verabschiedete Budget ist um rund zehn Prozent tiefer als das vom Finanzministerium vorgelegte. Die Oppositionsparteien *Allianz Neue Nation* (ANN) und *Partei des nationalen Fortschritts* (PAN) stimmten gegen die Annahme des Budgets.

Gekürzt wurde vor allem im Erziehungs- und Gesundheitsbereich. Dem Erziehungsministerium wurden das Stipendienprogramm und das Alphabetisierungsprogramm gekürzt. Der *Universität San Carlos* wurden 162 Millionen Quetzales (ca. 21 Millionen US-\$) gestrichen. Das Gesundheitsministerium bekommt weniger Geld für seine Präventionsprogramme. Stark gekürzt wurden auch die Gelder des *Obersten Gerichtshofes* und des Verfassungsgerichts.

Doch auch die 'Steuererhöhungs-Fraktion' erzielte ein paar Erfolge: Unter Enthaltung der Stimmen der PAN und der *Unionistas* wurden die Steuern auf

Zement und die Einkommenssteuer erhöht. Auch mit ihrem Vorschlag zur Erhöhung der Alkoholsteuer (siehe *fijate 223*) kam die FRG mit Unterstützung eines Teils der ANN-Abgeordneten durch.

An einer Pressekonferenz gab Präsident Alfonso Portillo zu, dass die Budgetkürzungen "einige wichtige Ministerien treffe, aber wir haben keine andere Wahl". Dafür sei in diesem Budget die Rückzahlung von 3500 Millionen Quetzales (ca. 454 Millionen US-\$) Auslandsschuld inbegriffen. Die externe Verschuldung sei im Moment so hoch wie noch nie und er führe das auf die Misswirtschaft seines Vorgängers zurück, erklärte Portillo.

Die Tatsache, dass vor allem soziale Projekte von der Budgetkürzung betroffen sind, wird von den Volksorganisationen stark kritisiert. Auch MINUGUA befürchtet, dass diese Massnahmen in erster Linie die soziale Entwicklung auf dem Land betrifft.

Gesetz gegen innerfamiliäre Gewalt verabschiedet

Guatemala, 25. November. Einen Tag vor dem internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen, unterschrieb Präsident Portillo das Regierungsdekret, mit dem das Gesetz zur Prävention, Sanktionierung und Verhinderung innerfamiliärer Gewalt in Kraft tritt.

Das *Netzwerk gegen Gewalt gegen Frauen*, Organisatorin der alljährlichen Veranstaltungen zum 25. November, bezeichnete das Gesetz als einen Erfolg der Frauen- und feministischen Bewegung, die sich seit vier Jahren für dieses Gesetz stark machte. Dank der Unterstützung der über 100 Organisationen, die das Netzwerk bilden, und dank der Un-

terstützung der sozialen Bewegung konnte dieses für Lateinamerika erst- und einmalige Gesetz erreicht werden. Dies sei ein Beweis dafür, dass es mit genügend politischem Willen und Konsens innerhalb der Zivilgesellschaft möglich sei, soziale Veränderungen zu erlangen.

Innerhalb der nächsten dreissig Tagen muss nun auf staatlicher Ebene eine Kommission (CONAPREVI) gebildet werden, welche die Umsetzung und Einhaltung des neuen Gesetzes überwacht.

In CONAPREVI vertreten ist das Sekretariat des Präsidenten durch die Frauenbeauftragte Lily Caravantes, die

Staatsanwaltschaft, der Oberste Gerichtshof (CSJ) und das Nationale Institut für Statistik. Für die Zivilgesellschaft sitzt das *Netzwerk gegen Gewalt gegen Frauen* mit drei Vertreterinnen ein.

Mit der Schaffung dieses Gesetzes dürfe man (und frau) sich nun aber nicht zufrieden geben, meinten die Vertreterinnen des Netzwerkes. Es müssten noch viele Aktionen unternommen und institutionelle Mechanismen eingeführt werden, damit das Problem der innerfamiliären Gewalt wirklich von Grund auf angegangen werden könne. Im Moment sei es wichtig, dass die Zivilgesellschaft an allen sozialen Prozessen teilnehme.

CACIF als 'Retter der Nation'

Guatemala, 29. November. Zu seiner Versammlung 'Gemeinsam für Guatemala' lud der *UnternehmerInnenverband* (CACIF) mehr als tausend Personen aus der Privatwirtschaft, aber auch VertreterInnen der sozialen Sektoren ein. Als ReferentInnen traten nebst lokalen Grössen wie Gonzalo Marroquin, Chefredaktor der Tageszeitung *Prensa Libre*, der Menschenrechtsaktivistin Helen Mack und dem pensionierten General Otto Pérez Molina auch internationale Gäste auf. Die Idee war, ExpertInnen zu Wort kommen zu lassen und Perspektiven für das Jahr 2001 zu entwickeln.

In seiner Begrüßungsrede sagte der Präsident des CACIF, Luis Fernando Montenegro: "Wir geben zu, dass wir uns geirrt haben, aber nun werden wir

unseren Kurs korrigieren." Nicht ganz so konziliant gab sich sein Vorgänger, Augusto García Noriega, in einem Interview mit der Zeitung *Siglo XXI*: "Wir haben ein ganzes Jahr verloren, jetzt können wir nicht mehr länger warten."

Nun soll also gehandelt werden: Der CACIF will seine Opposition gegenüber der Regierung mässigen und gemeinsam mit allen Sektoren gangbare Lösungen für eine wirtschaftliche Verbesserung suchen. Dazu gehört in erster Linie die Garantie grundlegender Rechte wie das Recht auf Leben, das Recht auf Besitztum, Stärkung der Institutionen und das Recht auf Erziehung, Gesundheit und Arbeit. Als erstes müsse die Armut bekämpft werden, erklärte Montenegro, und zwar nicht nur durch

die Beibehaltung des Status Quo, sondern auch durch zusätzliche Investitionen. Er warnte jedoch die UnternehmerInnen, nicht zuviel Vertrauen zu haben, denn es gäbe Gruppen in Guatemala, die Vergangenes wieder heraufbeschwören wollen: Konfrontation, Verfolgung, Korruption und klandestine Strukturen.

Bei dieser Gelegenheit präsentierte der CACIF eine Studie über die wirtschaftliche Situation der guatemaltekischen Bevölkerung. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass Arbeitslosigkeit und Delinquenz zugenommen haben und die Lebenskosten gestiegen sind, seit Alfonso Portillo die Regierung übernommen hat und dass es dem Volk unter Alvaro Arzú entsprechend besser gegangen sei.

Gemeinschaftsradios reichen Gesetzesvorschlag ein

Guatemala, 23. November. Der Vorschlag für ein Gesetz über die Frequenzvergabe an Lokal- und Gemeinschaftsradios wurde am 22. November dem Kongress überreicht. Rund 800 Personen, MitarbeiterInnen von mehr als 150 Gemeinschaftsradios, waren zu dem Anlass in die Hauptstadt gereist. Der Gesetzesvorschlag wurde von Kongresspräsident Ríos Montt entgegengenommen, der vom Präsidenten der Kommission für Indígenanfragen, Romulo Caal, und dem Abgeordneten der *Allianz Neue Nation* (ANN), Gregorio Chay, begleitet wurde. Je eine Kopie bekamen die *Begleitkommission der Friedensabkommen* und die *Misson der Vereinten Nationen*, MINUGUA.

Bei der Entgegennahme des Gesetzesvorschlags versprach Ríos Montt, selber eine Frequenz zu kaufen und den Gemeinschaftsradios zur Verfügung zu stellen, falls der Vorschlag im Kongress auf Ablehnung stosse. Die VertreterInnen der Gemeinschaftsradios kritisierten diese Haltung Ríos Montt's: Mit dem Kauf einer Frequenz sei ihr Problem nicht gelöst. Es ginge ihnen auch darum, als national wichtige Medien anerkannt zu werden. Dazu komme, dass Ríos Montt sein Angebot gemacht habe, bevor er überhaupt das Dokument gelesen habe.

An der Ausarbeitung des Gesetzesvorschlags wurde über ein Jahr lang gearbeitet. Daran beteiligt waren das *Produktionszentrum Mujb'ab'l Yol*, die *Vereinigung der Gemeinschaftsradios Guatemalas* (ARCG), die *Vereinigung der Radioschulen Guatemalas* (FGER), sowie verschiedene regionale Koordinationen. Unterstützt und begleitet wurde der Prozess von der *Koordination der*

Mayaorganisationen (COPMAGUA).

Der Gesetzesvorschlag beruht auf dem Abkommen über die Rechte der Indigenen Völker, auf der guatemaltekischen Verfassung, sowie auf der internationalen und interamerikanischen Menschenrechtserklärung. Der Vorschlag beinhaltet die Schaffung einer speziellen Kategorie von Frequenzen für Gemeinschaftsradios. Diese Frequenzen würden dann nicht, wie bisher üblich, an den oder die Meistbietenden verkauft, sondern für fünfzehn Jahre (verlängerbar) an Gemeinschaftsradios vergeben. In diese Kategorie würden laut Gesetzesvorschlag gehören: Acht Frequenzen pro Gemeinde, die nur auf Gemeindegebiet empfangen werden können, vier auf den Departementbereich beschränkte und zwei Frequenzen mit landesweitem Empfang.

Weiter hält der Gesetzesvorschlag

genau fest, welche Bedingungen ein Gemeinschaftsradio erfüllen muss, um als solches zu gelten: Sie sind nicht kommerziell und nicht gewinnorientiert; sie stehen allen zivilen Sektoren einer Gemeinde zur Verfügung, um ihre Anliegen zu verbreiten; sie achten und respektieren die verschiedenen Meinungen; sie stärken die Identität, die Demokratie und die Kultur des Friedens innerhalb einer Gemeinde.

Die Annahme dieses Gesetzes würde die Situation vieler Lokal- oder Gemeinderadios legalisieren, die heute ohne Bewilligung senden. So zum Beispiel auch das *Produktionszentrum Mujb'ab'l Yol* (ehemals *Voz popular*), das nach mehreren vergeblichen Versuchen, eine Frequenz zu kaufen, beschlossen hat, trotzdem zu senden und seit einigen Wochen den stolzen Namen *Mujb'ab'l Yol, 106.5 MhZ* trägt....

Rücktritt Ríos Montt's?

Guatemala, 2. Dezember. Der *politische Rat* der FRG analysiert die Möglichkeit, dass sich Efraín Ríos Montt, aktueller Kongresspräsident, aus seinem Amt zurückzieht.

"Ich will den Kongress verlassen und anderswo hingehen, am liebsten nach Hause", erklärte Ríos Montt gegenüber der Presse. Die Arbeit im Kongress sei sehr anstrengend, er habe sich sehr verausgabt, erklärte der 75-jährige, und er habe auch nicht vor, ein Amt in der Exekutive zu übernehmen. Der definitive Entscheid treffe jedoch der politische Rat der Partei.

Unklar blieb, ob er nur seinen Po-

sten als Kongresspräsident aufgeben will, oder sich auch als Abgeordneter aus dem Kongress verabschieden wird.

Die Ankündigung eines möglichen Rücktritts von Ríos Montt aus dem Kongress hat unter den Abgeordneten der Oppositionsparteien Erstaunen ausgelöst. Viele hätten "darauf gewettet", dass er die vier Jahre auf seinem Posten ausharren würde. Andere meinten, sie würden es erst glauben, wenn es soweit wäre. Ebenso gut könne es sich um eine politische Strategie Ríos Montt's handeln, um das Image aufzupolieren, das unter dem Skandal der Fälschung des Alkoholgesetzes Schaden gelitten habe.

Treffen zwischen Portillo und Chávez

Guatemala, 20. November. Seinen offiziellen Staatsbesuch in Guatemala begann der venezolanische Präsident Hugo Chávez mit der Liveübertragung seines wöchentlichen Radioprogramms "Hallo, Herr Präsident". Darin rief er die Völker und Regierungen Lateinamerikas auf, einen Staatenbund zu bilden, weil: "Entweder wir vereinen uns oder wir gehen unter." Das Programm wurde auf dem nationalen Sender in Guatemala ausgestrahlt, sowie in Venezuela und

Kuba. Spezialgast seiner Sendung war der guatemaltekeische Präsident Alfonso Portillo. In kurzen Statements erzählte er von den "von seinem Vorgänger geerbten" Problemen, die er als Staatsoberhaupt zu bewältigen habe.

Der Staatsbesuch Chávez' hatte nebst populistischen auch diplomatische Aspekte. Die beiden Präsidenten unterschrieben einen Vertrag zur gegenseitigen Absprache in politischen, wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftli-

chen und militärischen Angelegenheiten. Dazu soll die technische Kommission mit Vertretern beider Länder wieder aktiviert werden. Diese Kommission wurde bereits vor zehn Jahren ins Leben berufen, hat sich jedoch nie getroffen.

Weiter gratulierten sich die beiden Präsidenten zum kürzlich unterzeichneten Energieabkommen. Darin verpflichtete sich Venezuela zu Lieferungen von Erdöl und Gas an Guatemala.

Neuer Name, altes Kleid: Escuela de las Américas

Guatemala, 11. November. Jeden November versammeln sich tausende von Menschen in Fort Benning, USA, um an die Morde zu erinnern, die Absolventen der *School of the Americas/ Escuela de las Américas* (SOA) auf der ganzen Welt begangen haben. Im selben Zuge verlangen sie jeweils die Schliessung der Institution.

Die *Escuela de las Américas* wurde 1946 in Panamá gegründet, mit dem Ziel, das lateinamerikanische sowie das karibische Militär zu unterstützen. Die von John F. Kennedy gegründete *Allianz für den Fortschritt* gab der 'Schule' 1963 ihren Namen. Ab diesem Zeitpunkt wurde die *Escuela* in die US-amerikanische Strategie des kalten Krieges integriert. Viele bekannte und unbekannte Menschenrechtsverletzer haben an der

Escuela de las Américas ihr Handwerk erlernt. 1984 wurde die Einrichtung, unter Druck der panamaischen Öffentlichkeit, in die USA, nach Fort Benning verlegt.

Seit einigen Jahren behauptet die SOA, keine Techniken mehr zu unterrichten, die gegen die Menschenrechte verstossen. Trotz dieses Versprechens existieren weiterhin Unterrichtseinheiten wie "Waffenkampf", "psychologische Kriegsführung" und "Kommandostrategie". Nur einer von 42 Kursen, der sich "demokratische Unterstützung" nennt, befasst sich mit dem Erhalt von Menschenrechten. 1997 haben nur 13 Auszubildende diesen Kurs belegt, während 118 an den Vorträgen zu "militärischem Denken" teilnahmen.

Das Pentagon reagierte nun end-

lich auf den öffentlichen Druck und versprach, die SOA zu 'reformieren', was aber nicht mehr als eine Veränderung des Namens und einiger unwichtiger Kleinigkeiten bedeutet: Am 12. Dezember soll die "Schule der Mörder", wie sie auch genannt wird, offiziell geschlossen werden, um am 17. Januar 2001 unter dem Namen *Institut für Kooperation und Sicherheit* wieder geöffnet zu werden.

Die Menschenrechtsorganisation SOA WATCH, die jedes Jahr die Demonstrationen vor der Schule organisiert, gibt sich auch mit den neusten Entwicklungen nicht zufrieden. "Wir wollen der Gewalt der SOA und den Versuchen des Pentagons, diese zu vertuschen, verschiedene und kreative Formen des Widerstands entgegenzusetzen", heisst es in einer Erklärung der Organisation.

Urwald ja, Öl nein!

Guatemala, 24. November. Unter diesem Slogan haben Mitglieder der Umweltorganisation *Madre Selva* gegen die Verzögerung der Untersuchung gegen die Ölfirma *Basic Resources* protestiert. Vor einem Jahr hat die Organisation eine Klage gegen die in der *Laguna del Tigre*, Petén, operierende Ölfirma, einer Tochterfirma der US-amerikanischen *Andarko Petroleum Corporation*, eingereicht. Die Anschuldigung: Umweltzerstörung und illegaler Ölabbau.

Selbst der Generalprokurator der Nation, Carlos García Regas, anerkennt, dass der Vertrag, auf den die *Basic Resources* sich rechtlich abstützt und den sie mit der guatemaltekeischen Regierung im Jahre 1992 abgeschlossen hat, nicht rechtsgültig ist. Trotzdem hat die Staatsanwaltschaft bisher nichts unternommen, um gegen die *Basic* vorzugehen.

Als 'clownesk' bezeichnete *Madre Selva* das Verhalten der Staatsanwalt-

schaft und als einen Beweis dafür, dass die Gesetze in Guatemala nicht angewendet werden. Entsprechend gestaltete die Umweltorganisation denn auch ihre Protestkundgebung: Mit Clowns und *Mariachis*, die für einmal ihre *Corridos* mit umweltschützerischen Texten sangen, forderte die Organisation den sofortigen Beginn der Untersuchung.

In letzter Zeit wurden auch immer wieder Meldungen verbreitet, die über Lecks in den Leitungen der Förderstationen der *Basic* berichteten. Der jüngste Vorfall dieser Art fand in Raxhujá, Alta Verapaz, statt, wo 18 Fässer Öl ausliefen. Nach offiziellen Untersuchungen des Umweltsekretariates hiess es, der Unfall sei von einer Gruppe Bauern provoziert worden, mit dem Ziel, die Ölfirma zu erpressen.

Dass es sich aber hier um chronische Unterhaltsprobleme der Leitungen handelt bzw. um Gleichgültigkeit gegenüber der Natur, beweist eine Reportage

des deutschen Journalisten Andreas Boueke (abgedruckt in der letzten ila). Er konfrontierte nämlich den Präsidenten von *Basic*, Rodolfo Sosa, mit den Ergebnissen seiner Recherche vor Ort und wurde als erstes gleich einmal von dessen Schergen bedroht.

Immerhin sah sich Sosa gezwungen, an einer Pressekonferenz Stellung zur Ölverschmutzung im Urwald zu nehmen. Er gab zu, dass es auf dem Gelände der *Basic* in Alta Verapaz 15 Stellen gegeben habe, wo sich ausgelaufenes Öl mit Wasser mischte. Zu den Fotos mit den ölverschmutzten Stellen, die Boueke ihm vorlegte, meinte er, erstens seien diese Lecke von früheren Betreibern der Ölstation und zweitens sei die *Basic* dran, diese Verschmutzungen zu reinigen, sieben der fünfzehn Stellen seien bereits gesäubert.

Danach sah es jedoch nicht aus, als wenige Wochen zuvor der Journalist die Fotos gemacht hatte.

Ein Mitch-Vorzeigeprojekt?

Guatemala, 25. November. Santa Catarina Ixtahuacán, Sololá, wurde während des Hurrikans Mitch vor zwei Jahren beinahe von einer Schlammlawine weggeschwemmt. Die BewohnerInnen des Dorfes wurden behelfsmässig evakuiert und schon bald wurde von der Regierung das Projekt entworfen, das ganze Dorf umzusiedeln. Der dazu ausgewählte Ort heisst *Alaska*, liegt an der *Panamericana* und grenzt an das Gemeindegebiet von Nahualá.

Schon in der Anfangsphase des Projektes kam es wegen Landstreitigkeiten zu Handgreiflichkeiten zwischen BewohnerInnen von Nahualá und den Umsiedelten. Dabei wurde ein Mann aus Nahualá getötet.

Nun wurde das Neue Santa Catarina Ixtahuacán offiziell von Präsident Portillo und dem Projektverantwortlichen der Regierung, Harris Whitbeck, eingeweiht. Portillo lobte Whitbeck als einen vorbildlichen Staatsangestellten, dieser wiederum sprach vom aussergewöhnlichsten Sozialwerk in der Geschichte Guatemalas.

Gebaut wurden rund 500 Häuser, ein Markt, ein Mehrzweckgebäude und ein Park. Versehen wurde das ganze mit Strom, nicht nur in den Häusern, son-

dern auch auf den Strassen, die selbstverständlich gepflästert sind. Mitfinanziert wurde die Umsiedlung und der Aufbau des neuen Dorfes von der Deutschen Regierung.

Leider hat das Geld nur noch für eine Primarschule gereicht, was für einen Gemeindehauptort nicht gerade viel ist und auch für den Bau des Gesundheitspostens muss noch andersweitig Geld gesucht werden...

Auch wird in den lobenden Reden nicht erwähnt, dass sich 93 Familien des ursprünglichen Dorfes Santa Catarina Ixtahuacán geweigert haben, umzusiedeln. Sie protestierten gegen Präsident Portillo, der ihr Gebiet zur 'Risikozone' erklärte. Ebenfalls forderten sie die Regierung auf, die Radio- und Fernsehspots zurückzuziehen, in denen mit dem Begriff 'Risikozone' für die Umsiedlung geworben wurde.

Die Familien, die blieben, begründeten ihren Entscheid damit, dass auf diesem Land schon ihre Eltern und Grosseltern gelebt hatten. Der Ort Santa Catarina Ixtahuacán ist vor über 465 Jahren gegründet worden und somit einer der ältesten im Departement Sololá.

Doch diesen Teil der Geschichte interessiert weder die guatemaltekische

Regierung noch die deutsche GTZ und Portillo und Whitbeck hecken bereits ihr nächstes 'Sozialwerk' aus: Für den Gemeindehauptort Senahú, Alta Verapaz, planen sie eine ähnliche Umsiedelung wie in Santa Catarina Ixtahuacán. Auch Senahú ist an einen Hang gebaut und bei starken Regenfällen vom Wegschwemmen bedroht.

Im Zusammenhang mit diesen Umsiedlungsprojekten muss ein wichtiger Aspekt berücksichtigt werden: Das Projekt von Senahú soll laut Harris Whitbeck in enger Zusammenarbeit mit dem *Entwicklungsrat* der Gemeinde ausgeführt werden. Vor einigen Tagen aber haben die FRG-Abgeordneten Leonel Soto Arango und Juan Luis Gonzáles einen Gesetzesvorschlag eingereicht, der die Autonomie der *Entwicklungsräte* stark einschränken soll. Würde die Initiative angenommen, hätten in Zukunft die jeweiligen Kongressabgeordneten einer Region ein Mitspracherecht in den *Entwicklungsräten* und könnten somit über die Verteilung und den Einsatz der Gelder mitbestimmen.

GegnerInnen dieser Initiative befürchten, dass die *Entwicklungsräte* so zu einem entscheidenden Element jeder zukünftigen Wahlkampagne werden.

Verwirrung im Fall Gerardi geht weiter

Guatemala, 28. November. Eine verlässliche Berichterstattung über den Verlauf der Untersuchung im Mordfall von Bischof Juan Gerardi zu machen, wird immer schwieriger. Zu widersprüchlich sind die Aussagen der einen, zu verwirrend die Machenschaften der andern. Trotzdem, hier eine weitere Reihe absurder Meldungen zu diesem Fall:

Am 14. November erklärte Leutnant Byron Lima Oliva, einer der Angeklagten im Fall Gerardi, an einer improvisierten Pressekonferenz, er habe bisher unveröffentlichte Beweise dafür, dass die Ermordung des Priesters ein 'gemeines Verbrechen' gewesen sei. Das Motiv des Verbrechens sei Raub, die Einbrecher hätten gewusst, dass Bischof Gerardi in seinem Büro über eine Million US-\$ und Schmuck aufbewahrt hätte. Einen Teil des gestohlenen Schmuckes sei in einem Banksafe gelagert. Ausserdem habe er vier Zeugen, die seine These belegen könnten.

Sein Anwalt gab bekannt, dass Familienangehörige von Lima Oliva Todesdrohungen erhielten. Auch sein Mandant sei bedroht worden und zwar von sechs Mitarbeitern des *Sekretariats für strategische Analysen* (SAE). Weiter forderte er die sofortige

Freilassung der drei angeschuldigten Militärs. Die Einvernahmen, die zur Zeit stattfänden, verliefen juristisch nicht korrekt. Die einzige Konsequenz eines korrupt geführten Prozesses sei die Freilassung der Verdächtigen, begründete er seine Forderung.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass Lima Oliva, der seine Untersuchungs-

haft in einem Gefängnis in der Hauptstadt absitzt, im Auftrag der Gefängnisleitung die andern Häftlinge ausspioniere und entsprechend über Privilegien wie ein Mobiltelefon verfüge. Dies wundert nicht weiter, war doch der Vizedirektor des Gefängnisses Geheimdienstschüler des Vaters von Lima Oliva, der ebenfalls im Fall Gerardi angeklagt ist.

LehrerInnen drohen mit Streik

Guatemala, 25. November. Die *Nationale Versammlung der LehrerInnen* (ANM) kündigte auf den 2. Januar 2001 einen landesweiten Streik an, falls das Erziehungsministerium nicht auf ihr Verhandlungsangebot über höhere Gehälter eingeht.

Héctor Chacón Monroy, Generalsekretär der ANM, informierte, dass der Erziehungsminister, Mario Torres, vor kurzem verkündete, er würde einen Gehaltserhöhungsvorschlag machen, der sich auf die Erziehungsreform abstütze. Bis heute habe er sich jedoch noch nicht geäussert, erklärte Chacón Monroy.

Otto Quintana, Generalsekretär der Gewerkschaft für Erziehungswesen (STEG), meinte, im Vergleich zu den Ge-

hältern anderer Staatsangestellter, z.B. der PolizistInnen, seien diejenigen der LehrerInnen diskriminierend.

Zur Zeit beträgt das Mindestgehalt einer Lehrerin oder eines Lehrers 1522 Quetzales (ca. 197 US-\$). Wer zwanzig Jahre oder mehr auf dem Beruf gearbeitet hat, bekommt monatlich umgerechnet etwa 325 US-\$. Die ANM, der elf Gewerkschaften und LehrerInnenvereinigungen angehören, fordert eine Gehaltserhöhung von 100%.

Erziehungsminister Torres zog sich aus der Affäre, indem er sagte, er würde den Dialog mit den LehrerInnen erst suchen, wenn er wisse, wie hoch das Budget seines Ministeriums für das nächste Jahr sei (siehe Artikel über Budget 2001).